

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker beinhaltet das Recht auf einen eigenen Staat. Jedoch vergrößert die Gründung eines Staates nicht das Maß der Freiheit eines Volkes. Das auf Nationalstaaten basierende System der Vereinten Nationen ist ineffizient geblieben. Mittlerweile sind Nationalstaaten zu ernsthaften Hindernissen für jegliche gesellschaftliche Entwicklung geworden. Der Demokratische Konföderalismus ist das Gegenparadigma des unterdrückten Volkes. Der Demokratische Konföderalismus ist ein nichtstaatliches gesellschaftliches Paradigma. Er wird nicht staatlich kontrolliert. Zugleich ist er der kulturell-organisatorische Entwurf einer demokratischen Nation. Demokratischer Konföderalismus basiert auf der Mitwirkung der Basis. Seine Entscheidungsfindungsprozesse liegen bei den Gemeinschaften. Höhere Ebenen dienen nur der Koordination und Umsetzung des Willens der Gemeinschaften, die ihre Delegierten zu den Vollversammlungen schicken. Für einen begrenzten Zeitraum sind sie sowohl Sprachrohr als auch ausführendes Organ. Jedoch liegt die grundlegende Entscheidungsgewalt

Demokratischer Konföderalismus

Abdullah Öcalan

Deutsch



International Initiative Edition

Abdullah Öcalan:
Demokratischer Konföderalismus

1. Auflage 2012
© Abdullah Öcalan

ISBN: 978-3-941012-48-6
Übersetzung: Internationale Initiative

Erscheint in der
International Initiative Edition
im Mesopotamien-Verlag, Neuss

Internationale Initiative
»Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«
Postfach 100511
50445 Köln
www.freedom-for-ocalan.com

Demokratischer Konföderalismus

Abdullah Öcalan

Inhalt

I. VORWORT	9
II. DER NATIONALSTAAT	11
A. Grundlagen	11
1. Nationalstaat und Macht	11
2. Der Staat und seine religiösen Wurzeln	12
3. Bürokratie und Nationalstaat	14
4. Nationalstaat und Homogenität	15
5. Nationalstaat und Gesellschaft	16
B. Ideologische Grundlagen des Nationalstaates	17
1. Nationalismus	17
2. Positivistische Wissenschaft	18
3. Sexismus	18
4. Religiosität	20
C. Die Kurden und der Nationalstaat	21
III. DEMOKRATISCHER KONFÖDERALISMUS	23
A. Partizipation und die Vielfalt der politischen Landschaft	24
B. Das gesellschaftliche Erbe und das Anhäufen historischen Wissens	25
C. Moralisches und politisches Bewusstsein	26
D. Demokratischer Konföderalismus und ein demokratisches politisches System	28
E. Demokratischer Konföderalismus und Selbstverteidigung	30
F. Demokratischer Konföderalismus kontra Kampf um Hegemonie	32
G. Demokratisch-konföderale Strukturen in globalem Maßstab	33
H. Fazit	34
IV. PRINZIPIEN DES DEMOKRATISCHEN KONFÖDERALISMUS	36
V. PROBLEME DER VÖLKER DES MITTLEREN OSTENS UND MÖGLICHE LÖSUNGSANSÄTZE	38
SCHRIFTEN ABDULLAH ÖCALANS	49

I. VORWORT

Seit mehr als dreißig Jahren kämpft die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) für die legitimen Rechte der Kurden. Durch unser Ringen, durch unseren Kampf um Befreiung wurde die kurdische Frage zu einer internationalen Angelegenheit, die den ganzen Mittleren Osten beeinflusste und eine Lösung der kurdischen Frage in Reichweite brachte.

Als die PKK in den 1970er Jahren gegründet wurde, war das internationale ideologische und politische Klima von der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges und dem Konflikt zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Lager geprägt. Die PKK wurde damals vom weltweiten Aufstieg der nationalen Befreiungsbewegungen inspiriert. In diesem Zusammenhang versuchten wir, in Übereinstimmung mit der besonderen Situation in unserer Heimat unseren eigenen Weg zu finden. Die PKK hat die kurdische Frage nie als ein bloßes Problem von Ethnizität oder nationaler Souveränität betrachtet. Vielmehr waren wir davon überzeugt, dass es das Projekt zur Befreiung und Demokratisierung der Gesellschaft war. Diese Ziele bestimmten zunehmend unser Handeln seit den 90er Jahren.

Wir erkannten genauso eine Verbindung zwischen der kurdischen Frage und der globalen Herrschaft des modernen kapitalistischen Systems. Ohne diesen Zusammenhang zu hinterfragen und in Angriff zu nehmen, wäre eine Lösung nicht möglich geworden. Andernfalls hätten wir uns nur in neue Abhängigkeiten begeben.

Im Hinblick auf tief in der Geschichte und den Grundlagen der Gesellschaft verankerte Fragen von Ethnizität und nationaler Souveränität wie im Falle der kurdischen Frage schien es bis dahin nur eine realistische Lösung zu geben: die Schaffung eines Nationalstaates als Paradigma der damaligen kapitalistischen Moderne.

Wir glaubten allerdings nicht, dass es irgendwelche politischen Patententwürfe schaffen könnten, die Situation der Menschen im Mittleren Osten nachhaltig zu verbessern. Waren es nicht Nationalismus und Nationalstaaten gewesen, die so viele Probleme im Mittleren Osten verursachten?

Lassen Sie uns also einen genaueren Blick auf die historischen Hintergründe dieses Paradigmas werfen und schauen, ob wir eine Lösung entwerfen können, die nicht in die Nationalismusfalle tappt und die besser zur Situation im Mittleren Osten passt.

II. DER NATIONALSTAAT

A. Grundlagen

Als die Menschen sesshaft wurden, begannen sie sich eine Vorstellung von ihrem Lebensraum zu machen, von seiner Ausdehnung und seinen Grenzen, die meist durch die Natur und topographische Merkmale bestimmt wurden. Sippen und Stämme, die sich in einem bestimmten Gebiet niedergelassen hatten und dort für lange Zeit lebten, entwickelten die Vorstellung von einer gemeinsamen Identität und einem Heimatland. Allerdings waren die Umgrenzungen dessen, was sie als ihre Heimat ansahen, noch keine realen Grenzen. Handel, Kultur oder Sprache wurden dadurch nicht eingeschränkt. Territoriale Begrenzungen blieben für lange Zeit flexibel. Feudale Strukturen herrschten nahezu überall vor, und hin und wieder kamen dynastische Monarchien oder große multiethnische Reiche auf mit sich ständig ändernden Grenzen und vielen verschiedenen Sprachen und Religionsgemeinschaften, wie das Römische Imperium, das österreichisch-ungarische Reich, das Osmanische Reich oder das britische Empire. Sie überlebten lange Zeiten und viele politische Veränderungen, da es ihnen ihre feudale Grundlage ermöglichte, die Macht flexibel über einen weiten Bereich kleinerer sekundärer Machtzentren verteilt auszuüben.

I. Nationalstaat und Macht

Mit dem Aufkommen des Nationalstaates drängten Gewerbe, Handel und Geldwesen zur politischen Teilhabe und fügten

ihre Macht den traditionellen staatlichen Strukturen hinzu. Zu Beginn der Industriellen Revolution vor mehr als zweihundert Jahren ging die Entwicklung des Nationalstaates Hand in Hand mit der unkontrollierten Kapitalakkumulation auf der einen Seite und der ungehinderten Ausbeutung der schnell wachsenden Bevölkerung auf der anderen Seite. Die neue Bourgeoisie, die aus dieser Revolution erwuchs, wollte sich an den politischen Entscheidungen und am Staatsaufbau beteiligen. Der Kapitalismus, ihr neues Wirtschaftssystem, wurde so zu einem natürlichen Bestandteil des neuen Nationalstaates. Der Nationalstaat brauchte die Bourgeoisie und die Macht des Kapitals, um die auf Stammesstruktur und Erbrecht beruhende alte Feudalordnung und ihre Ideologie durch eine neue nationale Ideologie zu ersetzen, die alle Stämme und Sippen unter dem Dach der Nation vereinte. Auf diese Weise wurden Kapitalismus und Nationalstaat so eng miteinander verbunden, dass die Existenz des einen ohne den anderen unvorstellbar wurde. Infolgedessen wurde Ausbeutung vom Staat nicht nur erlaubt, sondern sogar erleichtert und gefördert.

Vor allem jedoch muss der Nationalstaat als die Maximalform von Macht begriffen werden. Keiner der anderen Staatstypen verfügt über eine solche Macht. Ein wesentlicher Grund dafür ist der Umstand, dass der obere Teil der Mittelklasse zunehmend mehr in den Monopolisierungsprozess eingebunden wurde. Der Nationalstaat selbst stellt das am weitesten entwickelte vollständige Monopol dar, die am weitesten entwickelte Einheit von Monopolen in den Bereichen Handel, Industrie, Finanzwesen und Macht. Ebenso sollten wir an das ideologische Monopol als untrennbaren Bestandteil des Machtmonopols denken.

2. Der Staat und seine religiösen Wurzeln

Die religiösen Wurzeln des Staates sind bereits ausführlich erörtert worden (Öcalan: Gilgameschs Erben, Band 1, Bremen 2003).

Viele zeitgenössische politische Konzepte und Ansichten finden ihren Ursprung in religiösen oder theologischen Konzepten oder Strukturen. In der Tat offenbart ein genauerer Blick, dass Religion und Gottesvorstellungen historisch die ersten sozialen Identitäten mit sich brachten. Sie bildeten den ideologischen Klebstoff für viele Stämme und andere vor-staatliche Gemeinschaften und definierten deren Existenz als Gemeinwesen.

Später, als staatliche Strukturen bereits entwickelt waren, begannen sich die traditionellen Beziehungen zwischen Staat, Macht und Gesellschaft zu lockern. Die heiligen und göttlichen Konzepte und Sitten aus den Anfangszeiten des Gemeinwesens büßten zunehmend ihre Bedeutung für die gemeinsame Identität ein. Sie wurden stattdessen auf Machtstrukturen wie beispielsweise Monarchen oder Diktatoren übertragen. Der Staat und seine Macht beruhten auf göttlichem Willen und Gesetz und sein Herrscher wurde zum König von Gottes Gnaden. Sie repräsentierten Gottes Macht auf Erden.

Heutzutage bezeichnen sich die meisten modernen Staaten als säkular. Sie behaupten, dass die alten Bande zwischen Religion und Staat gekappt worden seien und die Religion nicht länger einen Teil des Staates bilde. Das ist wohl nur die halbe Wahrheit. Auch wenn religiöse Institutionen oder Repräsentanten der Geistlichkeit nicht länger an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilhaben, so können sie dennoch in gewissem Maße Einfluss auf diese Entscheidungen nehmen, so wie sie selbst durch politische oder gesellschaftliche Ideen und Entwicklungen beeinflusst sind. Daher beinhaltet der Säkularismus, oder Laizismus, wie er in der Türkei genannt wird, noch immer religiöse Elemente.

Die Trennung von Staat und Religion ist das Ergebnis einer politischen Entscheidung. Sie war nicht selbstverständlich. Aus diesem Grund erscheinen selbst heute noch Macht und Staat als etwas Gegebenes, wir könnten sogar sagen: Gottgegebenes.

Begriffe wie *säkularer Staat* oder *weltliche Macht* bleiben uneindeutig.

Dem Nationalstaat ist auch eine Reihe von Attributen zugeordnet worden, wie Nation, Vaterland, Nationalflagge, Nationalhymne und viele mehr, die dazu dienen, ältere religiös verwurzelte Merkmale zu ersetzen. Besonders Begriffe wie *die Einheit von Staat und Nation* sollen die Grenzen der materiellen politischen Strukturen überschreiten und erinnern als solche an die vorstaatliche *Einheit mit Gott*. Sie sind an die Stelle des *Göttlichen* gesetzt worden.

Wenn früher ein Stamm einen anderen bezwungen hatte, mussten dessen Mitglieder die Götter der Sieger anbeten. Diesen Prozess können wir wohl als Kolonisation oder sogar Assimilation bezeichnen. Der Nationalstaat ist ein zentralisierter Staat mit gleichsam göttlichen Attributen, der die Gesellschaft völlig entwaffnet hat und den Gebrauch von Gewalt monopolisiert.

3. Bürokratie und Nationalstaat

Indem der Nationalstaat seine materielle Basis, die Bürger, transzendiert, nimmt er eine Position außerhalb seiner politischen Institutionen ein. Er bedarf zusätzlicher eigener Institutionen zum Schutz seiner ideologischen Grundlagen sowie seiner rechtlichen, wirtschaftlichen und religiösen Strukturen. Die daraus resultierende stetig wachsende zivile und militärische Bürokratie ist kostspielig und dient lediglich dem Erhalt des überhöhten Staates selbst, der wiederum die Bürokratie über das Volk erhebt.

In der europäischen Moderne standen dem Staat alle Mittel zur Verfügung, um seine Bürokratie in alle gesellschaftlichen Sphären auszudehnen. Dort begann sie zu wachsen und wie ein Krebsgeschwür jede Lebensader der Gesellschaft zu infizieren. Bürokratie und Nationalstaat können nicht ohneeinander existieren. Wenn der Nationalstaat das Rückgrat der kapitalistischen Moderne ist, dann ist er sicherlich für die natürliche Gesellschaft

ein Käfig. Seine Bürokratie sichert das reibungslose Funktionieren des Systems, sie sichert die Grundlagen der Warenproduktion und sie sichert die Profite für die wichtigen Wirtschaftsakteure sowohl im realsozialistischen als auch im unternehmerfreundlichen Nationalstaat. Der Nationalstaat zählt die Gesellschaft im Namen des Kapitalismus und entfremdet das Gemeinwesen seinen natürlichen Grundlagen. Jede Analyse zur Eingrenzung und Lösung gesellschaftlicher Probleme bedarf eines genaueren Blickes auf diese Bezüge.

4. Nationalstaat und Homogenität

Der Nationalstaat hatte es ursprünglich auf die Monopolisierung aller gesellschaftlichen Prozesse abgesehen. Vielfalt und Pluralität mussten bekämpft werden, ein Ansatz, der zu Assimilation und Völkermord führte. Er beutet nicht nur die Ideen und das Arbeitspotenzial der Gesellschaft aus und kolonisiert die Köpfe der Menschen im Namen des Kapitalismus. Er assimiliert auch jegliche geistigen und intellektuellen Vorstellungen und Kulturen, um seine eigene Existenz zu erhalten. Er zielt ab auf die Schaffung einer einzigen nationalen Kultur, einer einzigen nationalen Identität und einer einzigen einheitlichen Religionsgemeinschaft. Dadurch wird eine homogene Bürgerschaft erzwungen. Der Bürgerbegriff resultiert aus der Suche nach einer solchen Homogenität. Die Bürgerschaft der Moderne bedeutet nichts anderes als den Übergang von privater zu staatlicher Sklaverei. Kapitalismus ohne solche modernen Sklavenarmeen kann keinen Profit erzielen. Die homogene nationale Gesellschaft ist die künstlichste aller je geschaffenen Gesellschaften und Ergebnis des Projekts des »social engineering«.

Diese Ziele werden in der Regel durch die Anwendung von Gewalt oder durch finanzielle Anreize erreicht und haben oft zur physischen Vernichtung von Minderheiten, Kulturen oder Sprachen oder zur Zwangsassimilation geführt. Die Geschichte

der letzten zwei Jahrhunderte ist voller Beispiele, die die gewaltsamen Versuche zur Schaffung einer der Scheinrealität eines echten Nationalstaates genügenden Nation illustrieren.

5. Nationalstaat und Gesellschaft

Es wird oft behauptet, der Nationalstaat kümmere sich um das Los der einfachen Leute. Das ist nicht wahr. Vielmehr ist er der nationale Statthalter des globalen kapitalistischen Systems, ein Vasall der kapitalistischen Moderne, der viel tiefer in die vorherrschenden Strukturen des Kapitals verwickelt ist, als wir gemeinhin neigen anzunehmen: Er ist eine Kolonie des Kapitals. Egal wie nationalistisch sich der Nationalstaat präsentieren mag, er dient im selben Maße den kapitalistischen Ausbeutungsprozessen. Es gibt keine andere Erklärung für die schrecklichen Verteilungskriege der kapitalistischen Moderne. Daher ist der Nationalstaat nicht auf der Seite der einfachen Leute – er ist ein Feind der Völker.

Beziehungen zu anderen Nationalstaaten und internationalen Monopolen werden durch die Diplomaten des Nationalstaates koordiniert. Ohne die Anerkennung durch andere Nationalstaaten könnte keiner von ihnen überleben. Der Grund dafür liegt in der Logik des globalen kapitalistischen Systems. Nationalstaaten, die die geschlossene Phalanx des kapitalistischen Systems verlassen, werden entweder von demselben Schicksal ereilt, wie es das Regime Saddam Husseins im Irak erfahren hat, oder mit den Mitteln des Wirtschaftsembargos in die Knie gezwungen.

Wir wollen nun ausgehend vom Beispiel der Republik Türkei einige Charakteristiken des Nationalstaates ableiten.

B. Ideologische Grundlagen des Nationalstaates

In der Vergangenheit wurde die Geschichte von Staaten oft mit der Geschichte ihrer Herrscher gleichgesetzt, was letzteren nahezu göttliche Qualitäten verlieh. Diese Praxis änderte sich mit dem Aufkommen des Nationalstaates. Nun wurde der Gesamtstaat idealisiert und auf eine göttliche Ebene erhoben.

1. Nationalismus

Angenommen, wir verglichen den Nationalstaat mit einem lebendigen Gott, dann wäre Nationalismus die entsprechende Religion. Trotz einiger scheinbar positiver Elemente weisen Nationalstaat und Nationalismus metaphysische Eigenschaften auf. In diesem Zusammenhang wirken kapitalistische Profit- und Kapitalakkumulation wie geheimnisumwobene Kategorien. Hinter diesen Bezeichnungen steht ein widersprüchliches, auf Macht und Ausbeutung basierendes Beziehungsgeflecht. Das hegemoniale Machtstreben dient der Profitmaximierung. In diesem Sinne erscheint Nationalismus wie eine quasi-religiöse Rechtfertigung. Seine wahre Mission ist jedoch sein Einsatz für den scheinbar göttlichen Nationalstaat und dessen ideologische Vision, die alle Bereiche der Gesellschaft durchdringt. Kunst, Wissenschaft und soziales Bewusstsein: Nichts davon ist unabhängig. Für eine wahre intellektuelle Aufklärung bedarf es daher einer grundlegenden Analyse dieser Elemente der Moderne.

2. Positivistische Wissenschaft

Das Paradigma einer positivistischen oder beschreibenden Wissenschaft bildet eine weitere ideologische Säule des Nationalstaates. Der Positivismus füttert die nationalistische Ideologie wie auch den Laizismus, der die Gestalt einer neuen Religion angenommen hat. Andererseits ist er eine der ideologischen Grundlagen der Moderne, und seine Dogmen haben die Sozialwissenschaften nachhaltig beeinflusst. Positivismus kann als philosophischer Ansatz umschrieben werden, der sich strikt auf die Erscheinungsform von Dingen beschränkt und sie mit der Realität gleichsetzt. Da im Positivismus das Erscheinungsbild Realität ist, kann nichts ohne Erscheinungsbild Teil der Realität sein. Wir wissen jedoch von der Quantenphysik, der Astronomie, einigen Feldern der Biologie und vom Wesen des Denkens selbst, dass die Realität in Welten jenseits wahrnehmbarer Ereignisse auftritt. In der Beziehung zwischen Beobachtungsobjekt und Beobachter ist die Wahrheit zu einem Rätsel geworden, das nicht mit physikalischen Maßstäben oder Definitionen zu fassen ist. Der Positivismus bestreitet das und ähnelt so in gewisser Weise der Götzenverehrung vergangener Zeiten, als das Götzenbild das Abbild der Realität darstellte.

3. Sexismus

Eine weitere ideologische Stütze des Nationalstaates ist der Sexismus, der die gesamte Gesellschaft durchdringt. Viele zivilisierte Systeme haben den Sexismus zum eigenen Machterhalt benutzt. Sie erzwangen die Ausbeutung der Frauen und gebrauchten sie als ein wertvolles Reservoir an billiger Arbeitskraft. Frauen werden auch insofern als eine wertvolle Ressource gesehen, als sie Nachkommen produzieren und für die menschliche Reproduktion sorgen. Demnach ist eine Frau sowohl ein Sexualobjekt als auch ein Gebrauchsgegenstand. Sie ist ein Werkzeug zum Erhalt von Männermacht und kann im besten Fall zu einem Accessoire

der patriarchalen Männergesellschaft werden.

Einerseits stärkt der gesellschaftliche Sexismus des Nationalstaates die Macht der Männer; andererseits verwandelt der Nationalstaat seine Gesellschaft durch die Ausbeutung von Frauen in eine Kolonie. In dieser Hinsicht können Frauen auch als eine ausgebeutete Nation betrachtet werden.

Im Laufe der Zivilisationsgeschichte festigte das Patriarchat das traditionelle Hierarchiegefüge, das im Nationalstaat durch Sexismus in Gang gehalten wird. Gesellschaftlich verankerter Sexismus ist genau wie Nationalismus ein ideologisches Produkt von Macht und Nationalstaat. Gesellschaftlich verankerter Sexismus ist nicht weniger gefährlich als Kapitalismus. Das Patriarchat jedoch versucht diese Tatsachen unter allen Umständen zu verbergen. Das ist im Hinblick darauf, dass alle Machtverhältnisse und staatlichen Ideologien durch sexistische Ideen und Verhaltensweisen funktionieren, verständlich. Ohne die Unterdrückung der Frauen ist die Unterdrückung der gesamten Gesellschaft nicht vorstellbar. Der Sexismus innerhalb der nationalstaatlichen Gesellschaft verleiht dem Mann einerseits die größtmögliche Macht und verwandelt andererseits die Gesellschaft durch die Frau in die schlimmste aller Kolonien. Folglich ist die Frau gesellschaftshistorisch eine kolonisierte Nation, die im Nationalstaat ihre unvorteilhafteste Position erreicht hat. Alle Macht- und Staatsideologien sind auf sexistische Einstellungen und Verhaltensweisen zurückzuführen. Die Versklavung der Frau stellt einen im höchsten Maße verborgenen und verschleierte gesellschaftlichen Bereich dar, in dem alle Formen von Sklaverei, Unterdrückung und Kolonisierung realisiert sind. Kapitalismus und Nationalstaat agieren im vollsten Bewusstsein dessen. Ohne Versklavung der Frau kann keine der anderen Formen von Sklaverei bestehen geschweige denn sich entfalten. Kapitalismus und Nationalstaat kennzeichnen den weitest institutionalisierten dominanten Mann. Deutlicher gesagt:

Kapitalismus und Nationalstaat sind der Monopolismus des despotischen und ausbeuterischen Mannes.

4. Religiosität

Selbst wenn der Nationalstaat dem Anschein nach wie ein säkularer Staat handelt, scheut er sich nicht, für seine Zwecke eine Mischung aus Nationalismus und Religion zu nutzen. Der Grund dafür ist einfach, dass Religion in einigen Gesellschaften oder in Teilen von ihnen noch immer eine wichtige Rolle spielt. Insbesondere der Islam ist in dieser Hinsicht sehr agil.

Dennoch spielt die Religion im Zeitalter der Moderne nicht länger ihre traditionelle Rolle. Ob als radikaler oder als gemäßigter Glaube, Religion im Nationalstaat hat nicht länger eine Aufgabe in der Gesellschaft. Sie darf lediglich tun, was der Nationalstaat erlaubt. Ihr noch vorhandener Einfluss und ihre Funktionalität, die zur Förderung von Nationalismus missbraucht werden können, sind für den Nationalstaat interessante Aspekte. In manchen Fällen übernimmt Religion sogar die Nationalismusrolle. Die Schia im Iran ist eine der mächtigsten ideologischen Waffen des iranischen Staates. In der Türkei spielt die sunnitische Ideologie eine ähnliche, aber begrenztere Rolle.

C. Die Kurden und der Nationalstaat

Nach der vorherigen kurzen Einführung in den Nationalstaat und seine ideologischen Grundlagen werden wir nun sehen, warum für die Kurden die Gründung eines getrennten kurdischen Nationalstaates keinen Sinn macht.

Über die letzten Jahrzehnte hinweg haben die Kurden nicht nur gegen die Unterdrückung durch die herrschenden Mächte und für die Anerkennung ihrer Existenz gekämpft, sondern auch für die Befreiung ihrer Gesellschaft von der Umklammerung des Feudalismus. Demzufolge macht es wenig Sinn, alte Fesseln durch neue zu ersetzen oder sogar die Unterdrückung zu verstärken. Denn das würde im Kontext der kapitalistischen Moderne die Gründung eines Nationalstaates bedeuten. Ohne Widerspruch gegen die kapitalistische Moderne wird die Befreiung der Völker nicht möglich sein. Aus diesem Grund ist für mich die Gründung eines kurdischen Nationalstaates keine Option.

Die Forderung nach einem getrennten Nationalstaat ergibt sich aus den Interessen der herrschenden Klasse oder den Interessen der Bourgeoisie, spiegelt aber nicht die Interessen des Volkes wider. Denn ein weiterer Staat würde lediglich zusätzliche Ungerechtigkeit schaffen und das Recht auf Freiheit noch weiter einschränken.

Die Lösung der kurdischen Frage muss daher in einem Ansatz zu finden sein, der die kapitalistische Moderne schwächt oder zurückdrängt. Historische Gründe, soziale Besonderheiten und aktuelle Entwicklungen sowie die Tatsache, dass sich das

Siedlungsgebiet der Kurden über die Territorien von vier verschiedenen Ländern erstreckt, machen eine demokratische Lösung unverzichtbar. Darüber hinaus krankt der gesamte Mittlere Osten an einem Demokratiedefizit. Dank der geostrategischen Lage des kurdischen Siedlungsgebietes versprechen erfolgreiche kurdische demokratische Projekte, die Demokratisierung des Mittleren Ostens im Allgemeinen zu beschleunigen. Wir wollen dieses demokratische Projekt *Demokratischer Konföderalismus* nennen.

III. DEMOKRATISCHER KONFÖDERALISMUS

Diese Administrationsform kann als eine nichtstaatliche politische Administration oder als eine Demokratie ohne Staat bezeichnet werden. Demokratische Entscheidungsprozesse sind nicht zu verwechseln mit den von der öffentlichen Verwaltung bekannten Prozessen. Staaten verwalten nur, indes Demokratien regieren. Staaten gründen sich auf Macht; Demokratien basieren auf kollektivem Konsens. Ämter werden im Staat durch Ernennung bestimmt, selbst wenn sie teilweise durch Wahlen legitimiert sein sollten. Demokratien bedienen sich direkter Wahlen. Der Staat benutzt Zwang als ein legitimes Mittel. Demokratien beruhen auf freiwilliger Teilnahme.

Demokratischer Konföderalismus ist offen gegenüber anderen politischen Gruppen und Fraktionen. Er ist flexibel, multikulturell, antimonopolistisch und konsensorientiert. Ökologie und Feminismus sind zentrale Pfeiler. Im Rahmen dieser Art von Selbstverwaltung wird ein alternatives Wirtschaftssystem erforderlich, das die Ressourcen der Gesellschaft vermehrt, anstatt sie auszubeuten, und so den mannigfaltigen Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht wird.

A. Partizipation und die Vielfalt der politischen Landschaft

Die widersprüchliche Zusammensetzung der Gesellschaft erfordert politische Gruppen mit vertikalen wie auch horizontalen Formationen. Zentrale, regionale und lokale Gruppen sind auf diese Weise auszubalancieren. Nur sie sind, jede für sich selbst, in der Lage, sich mit ihrer besonderen konkreten Situation zu befassen und angemessene Lösungen für schwerwiegende gesellschaftliche Probleme zu entwickeln. Es ist ein natürliches Recht, die eigene kulturelle, ethnische oder nationale Identität mit Hilfe politischer Vereinigungen zum Ausdruck zu bringen. Allerdings bedarf dieses Recht einer moralischen und politischen Gesellschaft. Ob Nationalstaat, Republik oder Demokratie – der Demokratische Konföderalismus ist offen für Kompromisse hinsichtlich staatlicher oder Regierungs-Traditionen. Er ermöglicht gleichberechtigtes Zusammenleben.

B. Das gesellschaftliche Erbe und das Anhäufen historischen Wissens

Außerdem beruht der Demokratische Konföderalismus auf der historischen Erfahrung der Gesellschaft und ihrem gemeinsamen Erbe. Er ist kein willkürliches modernes politisches System, sondern eher eine Ansammlung von Geschichte und Erfahrung. Er ist die Frucht des Lebens der Gesellschaft.

Der Staat tendiert kontinuierlich zum Zentralismus, um die Interessen der Machtmonopole zu verfolgen. Genau das Gegenteil trifft auf den Konföderalismus zu. Nicht die Monopole stehen im politischen Fokus, sondern die Gesellschaft. Die heterogene Gesellschaftsstruktur steht im Widerspruch zu allen Formen des Zentralismus. Ausgeprägter Zentralismus führt nur zu sozialen Eruptionen.

Seit jeher haben Menschen immer wieder lockere Gruppen von Klans, Stämme oder andere Gemeinschaften mit föderativen Eigenschaften gebildet. Auf diese Weise gelang es ihnen, ihre innere Autonomie zu bewahren. Selbst Imperien regierten nach innen mithilfe verschiedener Methoden der Selbstverwaltung für ihre einzelnen Teile, darunter religiöse Autoritäten, Stammesräte, Königreiche und sogar Republiken. Deshalb ist es wichtig zu verstehen, dass selbst zentralistisch scheinende Imperien einer konföderalen Organisationsstruktur folgen. Das zentralistische Modell ist kein von der Gesellschaft gewolltes Administrationsmodell. Es hat seinen Ursprung stattdessen im Machterhalt der Monopole.

C. Moralisches und politisches Bewusstsein

Die Einteilung der Gesellschaft in Kategorien und Begriffe nach einem bestimmten Muster ist von den kapitalistischen Monopolen künstlich geschaffen. Was in einer solchen Gesellschaft zählt, ist nicht, was du bist, sondern was du zu sein scheinst. Die vermeintliche Entfremdung der Gesellschaft von ihrer eigenen Existenz fördert den Rückzug von aktiver Teilnahme, eine Reaktion, die oft als Politikverdrossenheit bezeichnet wird. Dennoch sind Gesellschaften im Wesentlichen politisch und wertorientiert. Wirtschaftliche, politische, ideologische und militärische Monopole sind der Natur der Gesellschaft widersprechende Gebilde, da sie bloß nach Gewinnakkumulation streben. Sie schaffen keine Werte. Ebenso wenig kann eine Revolution eine neue Gesellschaft schaffen. Sie kann nur das ethische und politische Gesellschaftsgeflecht beeinflussen. Alles andere liegt bei der auf Moralität begründeten politischen Gesellschaft.

Ich erwähnte bereits, dass die kapitalistische Moderne die Zentralisierung des Staates erzwingt. Den politischen und militärischen Machtzentren innerhalb der Gesellschaft ist ihr Einfluss entzogen worden. Der Nationalstaat als ein moderner Ersatz der Monarchie hinterließ eine geschwächte und wehrlose Gesellschaft. Insofern setzen die Rechtsordnung und der Landfrieden lediglich die Klassenherrschaft der Bourgeoisie voraus. Macht bildet sich im Zentralstaat und wird zu einem der wesentlichen administrativen Paradigmen der Moderne. Dies stellt den Nationalstaat in Kontrast zu Demokratie und Republikanismus.

Unser Projekt der »demokratischen Moderne« soll ein Gegenentwurf sein zur Moderne, wie wir sie kennen. Es baut auf dem Demokratischen Konföderalismus als einem grundlegenden politischen Paradigma auf. Die demokratische Moderne bildet das Dach einer auf Moralität basierenden politischen Gesellschaft. Solange wir den Fehler machen zu glauben, dass Gesellschaften homogene monolithische Einheiten zu sein haben, wird es schwierig sein, den Konföderalismus zu verstehen. Die Geschichte der Moderne ist ebenso eine Geschichte von vier Jahrhunderten kulturellen und physischen Genozids im Namen einer imaginären einheitlichen Gesellschaft. Der Demokratische Konföderalismus als eine soziologische Kategorie ist das Gegenstück zu dieser Geschichte und er beruht auf dem Willen, wenn nötig zu kämpfen, genauso wie auf ethnischer, kultureller und politischer Vielfalt.

Die Krise des Finanzsystems ist eine inhärente Konsequenz des kapitalistischen Nationalstaates. Allerdings sind alle Bemühungen der Neoliberalen, den Nationalstaat zu verändern, erfolglos geblieben. Der Mittlere Osten bietet lehrreiche Beispiele.

D. Demokratischer Konföderalismus und ein demokratisches politisches System

Im Gegensatz zu einem zentralistisch-bürokratischen Verständnis von Verwaltung und der Ausübung von Macht stellt der Konföderalismus eine Art der politischen Selbstverwaltung dar, bei der sich alle Gruppen der Gesellschaft und alle kulturellen Identitäten auf regionalen Treffen, allgemeinen Versammlungen und in Räten äußern können. Dieses Demokratieverständnis eröffnet den politischen Raum für alle Gesellschaftsschichten und berücksichtigt die Bildung verschiedener und vielfältiger politischer Gruppen. Auf diese Weise fördert es auch die politische Integration der Gesellschaft als Ganzer. Politik wird so zum Bestandteil des alltäglichen Lebens. Ohne Politik kann die Krise des Staates nicht bewältigt werden, da die fehlende Repräsentation der politischen Gesellschaft diese Krise verschärft. Begriffe wie Föderalismus oder Selbstverwaltung, wie sie in liberalen Demokratien zu finden sind, müssen neu konzipiert werden. Grundsätzlich sollten sie nicht als hierarchische Ebenen der Verwaltung des Nationalstaates, sondern vielmehr als zentrale Instrumente sozialer Artikulation und Partizipation gedacht werden. Dies wiederum wird die Politisierung der Gesellschaft fördern. Wir benötigen hierfür keine großen Theorien; wir brauchen lediglich den Willen, die Autonomie der gesellschaftlichen Akteure strukturell zu stärken und die Bedingungen für die Organisation der Gesellschaft als Ganzer zu schaffen, um so den sozialen Bedürfnissen Ausdruck zu verleihen. Die Schaffung einer funktionsfähigen Ebene, auf der alle Arten gesellschaftlicher und politischer Gruppen, Religi-

ongemeinschaften oder geistiger Strömungen sich direkt in allen regionalen Entscheidungsprozessen ausdrücken können, lassen sich auch als partizipative Demokratie bezeichnen. Je stärker die Beteiligung, desto stärker ist diese Art von Demokratie. Während der Nationalstaat im Widerspruch zur Demokratie steht und sie gar negiert, konstituiert der Demokratische Konföderalismus einen ständigen demokratischen Prozess.

Die gesellschaftlichen Akteure, jeder für sich selbst eine föderative Einheit, sind die Keimzellen partizipativer Demokratie. Sie können situationsbedingt neue Gruppen und Konföderationen bilden. Jede der an der partizipativen Demokratie beteiligten politischen Einheiten ist im Grunde demokratisch. Somit ist dann das, was wir Demokratie nennen, die Anwendung demokratischer Entscheidungsprozesse von der lokalen bis zur globalen Ebene im Rahmen eines kontinuierlichen politischen Prozesses. Dieser Prozess wird die Struktur des Gesellschaftsgeflechts in einer Weise beeinflussen, welche im Gegensatz zum Homogenitätsstreben des Nationalstaats steht – einem Konstrukt, das nur mit Gewalt verwirklicht werden kann und so den Verlust der Freiheit mit sich bringt.

Ich habe bereits den Punkt thematisiert, dass auf der regionalen Ebene die Entscheidungen getroffen werden. Dennoch müssen sich die Überlegungen, die zu diesen Entscheidungen führen, im Einklang mit globalen Aspekten befinden. Wir müssen uns der Tatsache bewusst werden, dass selbst Dörfer und Stadtviertel konföderaler Strukturen bedürfen. Alle Bereiche der Gesellschaft müssen der Selbstverwaltung anvertraut werden, alle ihre Ebenen müssen die Freiheit zur Partizipation besitzen.

E. Demokratischer Konföderalismus und Selbstverteidigung

Der Nationalstaat ist ein im Kern militärisch strukturiertes Gebilde. Nationalstaaten sind letztlich Produkte jeglicher Art der Kriegsführung nach innen und nach außen. Keiner der bestehenden Nationalstaaten ist von allein entstanden. Ausnahmslos haben sie eine kriegerische Vergangenheit. Dieser Prozess ist nicht auf ihre Gründungsphase beschränkt, sondern baut vielmehr auf der Militarisierung der gesamten Gesellschaft auf. Die zivile Führung des Staates ist nur Beiwerk zum Militärapparat. Liberale Demokratien gehen noch weiter und streichen ihre militärischen Strukturen in demokratischen und liberalen Farben. Das hält sie jedoch nicht davon ab, auf dem Höhepunkt einer vom System selbst verursachten Krise nach autoritären Lösungen zu suchen. Faschistische Machtausübung liegt in der Natur des Nationalstaates. Der Faschismus ist die reinste Form des Nationalstaates.

Diese Militarisierung kann nur mithilfe von Selbstverteidigung zurückgedrängt werden. Gesellschaften ohne jeglichen Selbstverteidigungsmechanismus verlieren ihre Identität, ihre Fähigkeit zur demokratischen Entscheidungsfindung und ihren politischen Charakter. Demnach ist die Selbstverteidigung einer Gesellschaft nicht allein auf die militärische Dimension beschränkt. Sie setzt ebenso die Bewahrung ihrer Identität, ihr eigenes politisches Bewusstsein und einen Prozess der Demokratisierung voraus. Nur dann können wir von Selbstverteidigung sprechen.

Vor diesem Hintergrund können wir den Demokratischen Konföderalismus als ein System gesellschaftlicher Selbstverteidigung

bezeichnen. Nur mithilfe konföderaler Vernetzung kann es eine Basis für eine Opposition gegen die globale Dominanz der Monopole und den nationalstaatlichen Militarismus geben. Gegen das Netzwerk der Monopole müssen wir ein ebenso starkes Netzwerk gesellschaftlicher Konföderationen aufbauen.

Dies bedeutet insbesondere, dass das soziale Paradigma des Konföderalismus keine militärische Monopolstellung für die Streitkräfte vorsieht, denen nur die Aufgabe zukommt, für die Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit zu sorgen. Sie stehen unter direkter Kontrolle der demokratischen Institutionen. Die Gesellschaft selbst muss in der Lage sein, deren Aufgaben zu bestimmen. Eine dieser Aufgaben wird es sein, den freien Willen der Gesellschaft gegen innere und äußere Eingriffe zu verteidigen. Die Zusammensetzung der militärischen Führung muss gleichermaßen und paritätisch von den politischen Institutionen und den konföderalen Gruppierungen bestimmt werden.

F. Demokratischer Konföderalismus kontra Kampf um Hegemonie

Der Demokratische Konföderalismus bietet keinen Platz für jegliches Streben nach Hegemonie. Dies gilt besonders für den Bereich der Ideologie. Hegemonie ist ein Prinzip, dem üblicherweise der klassische Zivilisationstypus folgt. Eine demokratische Zivilisation lehnt hegemoniale Macht und Ideologien ab. Jegliche Ausdrucksform, die sich über die Grenzen demokratischer Selbstverwaltung hinwegsetzte, würde Selbstverwaltung und Meinungsfreiheit ad absurdum führen. Der kollektive Umgang mit gesellschaftlichen Angelegenheiten erfordert Verständnis, Respekt vor abweichenden Meinungen und demokratische Wege der Entscheidungsfindung. Das widerspricht dem Verständnis von Führung in der kapitalistischen Moderne, wo willkürliche Entscheidungen nationalstaatlichen Charakters der demokratisch-konföderalen Leitung im Einklang mit moralischen Grundlagen diametral entgegenstehen. Im Demokratischen Konföderalismus brauchen Leitungsinstitutionen keine ideologische Legitimation. Daher müssen sie auch nicht nach Hegemonie streben.

G. Demokratisch-konföderale Strukturen in globalem Maßstab

Obwohl der Schwerpunkt im Demokratischen Konföderalismus auf der regionalen Ebene liegt, schließt das eine globale Organisation des Konföderalismus nicht aus. Im Gegenteil, wir müssen als Alternative zu den Vereinten Nationen, die einen Zusammenschluss von Nationalstaaten unter der Führung der Supermächte darstellen, eine Plattform nationaler Zivilgesellschaften in Form einer konföderalen Versammlung errichten. Auf diese Weise könnten wir im Hinblick auf Frieden, Ökologie, Gerechtigkeit und Produktivität weltweit bessere Entscheidungen treffen.

H. Fazit

Der Demokratische Konföderalismus kann als eine Art Selbstverwaltung beschrieben werden im Gegensatz zur Administration des Nationalstaats. Dennoch ist unter gewissen Umständen eine friedliche Koexistenz möglich, solange der Nationalstaat nicht mit zentralen Fragen der Selbstverwaltung kollidiert. Jede derartige Einmischung würde die Selbstverteidigung der Zivilgesellschaft hervorrufen.

Der Demokratische Konföderalismus befindet sich nicht im Krieg mit irgendeinem Nationalstaat, aber er wird Assimilationsbestrebungen nicht untätig zusehen. Ein revolutionärer Umsturz oder die Gründung eines neuen Nationalstaats schaffen keine tragfähige Veränderung. Auf lange Sicht können Freiheit und Gerechtigkeit nur innerhalb eines dynamischen demokratisch-konföderalen Prozesses erreicht werden.

Weder totale Ablehnung noch vollständige Anerkennung des Staates dient den demokratischen Bestrebungen der Zivilgesellschaft. Die Überwindung des Staates, insbesondere des Nationalstaats, ist ein langfristiger Prozess.

Der Staat wird überwunden werden, wenn der Demokratische Konföderalismus seine Fähigkeiten zur Lösung gesellschaftlicher Probleme unter Beweis gestellt hat. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Angriffe durch Nationalstaaten hingenommen werden müssen. Demokratische Konföderationen werden jederzeit Selbstverteidigungskräfte unterhalten. Sie werden nicht auf ihre Organisierung in einem einzelnen Gebiet beschränkt sein. Sie

werden sich zu grenzübergreifenden Konföderationen entwickeln, wenn die betreffenden Gesellschaften dies wünschen.

IV. PRINZIPIEN DES DEMOKRATISCHEN KONFÖDERALISMUS

1. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker beinhaltet das Recht auf einen eigenen Staat. Jedoch vergrößert die Gründung eines Staates nicht das Maß der Freiheit eines Volkes. Das auf Nationalstaaten basierende System der Vereinten Nationen ist ineffizient geblieben. Mittlerweile sind Nationalstaaten zu ernsthaften Hindernissen für jegliche gesellschaftliche Entwicklung geworden. Der Demokratische Konföderalismus ist das Gegenparadigma des unterdrückten Volkes.
2. Der Demokratische Konföderalismus ist ein nichtstaatliches gesellschaftliches Paradigma. Er wird nicht staatlich kontrolliert. Zugleich ist er der kulturell-organisatorische Entwurf einer demokratischen Nation.
3. Demokratischer Konföderalismus basiert auf der Mitwirkung der Basis. Seine Entscheidungsfindungsprozesse liegen bei den Gemeinschaften. Höhere Ebenen dienen nur der Koordination und Umsetzung des Willens der Gemeinschaften, die ihre Delegierten zu den Vollversammlungen schicken. Für einen begrenzten Zeitraum sind sie sowohl Sprachrohr als auch ausführendes Organ. Jedoch liegt die grundlegende Entscheidungsgewalt bei den lokalen Basisorganisationen.
4. Dem Mittleren Osten kann Demokratie nicht durch das kapitalistische System und seine imperialen Mächte aufgezwungen werden, die ihr nur Schaden zufügen. Die Verbreitung der Basisdemokratie ist von fundamentaler Bedeutung. Dies ist die einzige Methode, die angesichts verschiedener ethni-

schen Gruppen, Religionen und Klassenunterschiede bestehen kann. Sie passt auch gut zur traditionellen konföderalen Gesellschaftsstruktur.

5. Der Demokratische Konföderalismus in Kurdistan ist gleichzeitig eine anti-nationalistische Bewegung. Sie beabsichtigt die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch die Ausweitung der Demokratie in allen Teilen Kurdistans, ohne die bestehenden politischen Grenzen infrage zu stellen. Ihr Ziel ist nicht die Gründung eines kurdischen Nationalstaates. Die Bewegung beabsichtigt die Etablierung föderaler, allen Kurden offenstehender Strukturen im Iran, in der Türkei, in Syrien und im Irak und gleichzeitig die Bildung einer übergreifenden Konföderation für alle vier Teile Kurdistans.

V. PROBLEME DER VÖLKER DES MITTLEREN OSTENS UND MÖGLICHE LÖSUNGSANSÄTZE

Die nationale Frage ist kein Hirngespinnst der kapitalistischen Moderne. Nichtsdestotrotz war es die kapitalistische Moderne, welche die nationale Frage der Gesellschaft aufgezwungen hat. Die Nation hat die religiöse Gemeinschaft ersetzt. Allerdings muss der Übergang zu einer nationalen Gesellschaft gemeinsam mit der Überwindung der kapitalistischen Moderne erfolgen, wenn die Nation nicht der Deckmantel repressiver Monopole bleiben soll.

So negativ die Überbewertung der nationalen Kategorie im Mittleren Osten ist, so ernst wären die Konsequenzen einer Vernachlässigung des kollektiven nationalen Aspekts. Daher sollte dieses Thema nicht ideologisch, sondern mit wissenschaftlichen Methoden behandelt werden und nicht nationalstaatlich, sondern auf der Grundlage des Konzepts der demokratischen Nation und des demokratischen Kommunalismus. Eine derartige Vorgehensweise birgt in sich die zentralen Elemente der demokratischen Moderne.

In den vergangenen zwei Jahrhunderten ist der Nationalismus in den Gesellschaften des Mittleren Ostens geschürt worden. Die nationalen Fragen sind nicht gelöst, sondern vielmehr in allen gesellschaftlichen Bereichen verschärft worden. Statt produktiven Wettbewerb zu betreiben, erzwingt das Kapital im Namen des Nationalstaats Kriege und Bürgerkriege.

Kommunalismus wäre eine Alternative zum Kapitalismus. Unter demokratischen Nationen, die nicht um Machtmonopole

kämpfen, kann er in einer Region, die bisher nur das Feld blutiger Kriege und Völkermorde gewesen ist, den Frieden bringen.

In diesem Zusammenhang können wir von vier *Mehrheitsnationen* sprechen: Araber, Perser, Türken und Kurden. Ich möchte Nationen nur ungern in Mehr- und Minderheiten einteilen, weil ich dies unangemessen finde. Aus demografischen Überlegungen heraus werde ich den Begriff Mehrheitsnationen jedoch verwenden. Im selben Kontext können wir auch von nationalen Minderheiten sprechen.

1. Es gibt mehr als zwanzig arabische Nationalstaaten, die die arabische Gemeinschaft spalten und ihren Gesellschaften durch Kriegführung schaden. Das ist einer der Hauptfaktoren, der für die Entfremdung von kulturellen Werten und die scheinbare Aussichtslosigkeit in der nationalen arabischen Frage verantwortlich ist. Diese Nationalstaaten sind noch nicht einmal in der Lage gewesen, eine länderübergreifende Wirtschaftsgemeinschaft zu bilden. Sie sind der Hauptgrund für die problematische Situation der arabischen Nation. Ein religiös motivierter Stammesnationalismus zusammen mit einer sexistischen patriarchalen Gesellschaft durchdringt alle Gesellschaftsbereiche und führt zu ausgeprägtem Konservatismus und Kadavergehorsam. Niemand glaubt, dass die Araber in der Lage sein werden, eine arabische nationale Lösung für ihre inneren und länderübergreifenden Probleme zu finden. Allerdings könnten Demokratisierung und ein kommunalistischer Denkansatz eine solche Lösung bieten. Ihre Schwäche gegenüber Israel, das die arabischen Nationalstaaten als einen Konkurrenten ansehen, ist nicht nur auf internationale Unterstützung durch die Hegemonialkräfte zurückzuführen, sie ist vielmehr das Ergebnis starker demokratischer und kommunaler Institutionen innerhalb Israels. Im Laufe des letzten Jahrhunderts ist die Gesellschaft der arabischen Nation durch radikalen Nationalismus und Islamismus geschwächt worden. Das Wesen

einer kommunalistischen Gesellschaft ist trotzdem nicht ganz unbekannt. Es sind dort noch immer Reste einer natürlichen Gesellschaft lebendig. Zusammen mit einem demokratisch-nationalen Bewusstsein mag es auf lange Sicht Wege zur Befreiung geben. Wenn sie es schaffen, kommunalen Sozialismus, der ihnen nicht fremd ist, mit dem Verständnis von einer demokratischen Nation zu verbinden, dann können sie in der Lage sein, eine sichere, langfristige Lösung für sich zu finden.

2. Die Türken und Turkmenen bilden eine weitere einflussreiche Nation. Sie teilen mit den Arabern ein ähnliches ideologisches Machtverständnis. Sie sind strikte Etatisten und tief geprägt von einem religiösen und rassistischen Nationalismus. Aus soziologischer Sicht sind Türken und Turkmenen ziemlich unterschiedlich. Die Beziehungen zwischen Turkmenen und der türkischen Elite gleichen den gespannten Beziehungen zwischen Beduinen und arabischer Elite. Erstere bilden eine Schicht, deren Interessen mit Demokratie und Kommunalismus vereinbar sind. Die nationalen Probleme sind recht komplex.

Es herrschen das Machtstreben des Nationalstaates, ausgeprägter Nationalismus und eine sexistische patriarchale Gesellschaft, wodurch sich eine äußerst konservative Gesellschaft ergibt. Die Familie gilt als die kleinste Zelle des Staates. Individuen wie Institutionen haben diese Perspektive übernommen. Türkische und turkmenische Gemeinschaften führen einen Machtkampf. Andere ethnische Gruppen sind einer ausgesprochenen Unterwerfungspolitik ausgesetzt. Die zentralistischen Machtstrukturen des türkischen Nationalstaates und die rigide offizielle Ideologie haben bis heute eine Lösung der kurdischen Frage verhindert. Die Gesellschaft wird in den Glauben versetzt, es gäbe keine Alternative zum Staat. Es besteht kein Gleichgewicht zwischen dem Individuum und dem Staat. Gehorsamkeit gilt als die größte Tugend.

Im Gegensatz dazu bietet die Theorie der demokratischen Moderne allen nationalen Gemeinschaften in der Türkei eine angemessene Herangehensweise zur Lösung ihrer nationalen Probleme an. Das auf der Gemeinschaft basierende Projekt einer demokratischen türkischen Konföderation würde sowohl ihre innere Einheit stärken als auch die Voraussetzungen für eine friedliche Koexistenz mit den Nachbarn schaffen. In Bezug auf gesellschaftliche Zusammengehörigkeit haben Grenzen ihre frühere Bedeutung verloren. Ungeachtet geografischer Grenzen ermöglichen heutige moderne Kommunikationsmittel eine virtuelle Einheit zwischen Individuen und Gemeinschaften, wo immer sie sich auch befinden. Eine demokratische Konföderation der türkischen nationalen Gemeinschaften könnte einen Beitrag zum Weltfrieden und zum System der demokratischen Moderne darstellen.

3. Die kurdische nationale Gesellschaft ist überaus komplex. Die Kurden sind weltweit die größte Nation ohne einen eigenen Staat. Sie haben sich seit dem Neolithikum in ihren heutigen Siedlungsgebieten niedergelassen. Landwirtschaft und Viehzucht wie auch ihr Vermögen, sich unter Ausnutzung der geografischen Vorteile ihrer gebirgigen Heimat zu verteidigen, halfen ihnen, als autochthones Volk zu überleben. Die kurdische nationale Frage erwächst aus der Tatsache, dass ihnen ihr Recht auf Souveränität verweigert worden ist. Andere versuchten sie zu assimilieren, zu vernichten und verleugneten schließlich rundweg ihre Existenz. Keinen eigenen Staat zu haben, hat seine Vor- und Nachteile. Die Auswüchse staatlicher Kulturen sind nur begrenzt übernommen worden. Dies kann nützlich sein bei der Realisierung alternativer gesellschaftlicher Konzepte jenseits der kapitalistischen Moderne. Ihr Siedlungsgebiet wird durch die nationalen Grenzen von vier Staaten geteilt und liegt in einer geostrategisch wichtigen Region, was den Kurden einen strategischen Vorteil bietet. Sie haben kei-

ne Chance, mithilfe von Staatsmacht eine nationale Gesellschaft zu bilden. Zwar gibt es heute ein kurdisches politisch eigenständiges Gebilde in Irakisch-Kurdistan, dabei handelt es sich aber nicht um einen Nationalstaat, vielmehr um ein halbstaatliches Gebilde.

Kurdistan war auch armenischen und aramäischen Minderheiten zur Heimat geworden, bevor sie Genoziden zum Opfer fielen. Außerdem gibt es kleinere Gruppen Araber und Türken. Selbst heute noch leben dort viele verschiedene Religionen und Glaubensrichtungen nebeneinander. Dort besteht ebenfalls in Ansätzen eine Klan- und Stammeskultur, dabei fast keine städtische Kultur.

Alle diese Eigenschaften sind ein Segen für die Bildung demokratischer politischer Formationen. Kommunale Genossenschaften in der Landwirtschaft wie auch in der Wasserwirtschaft und auf dem Energiesektor bieten sich als ideale Produktionsweise an. Die Situation ist auch für die Entwicklung einer moralisch-politischen Gesellschaft von Vorteil. Selbst die patriarchale Ideologie ist hier weniger tief verwurzelt als in den benachbarten Gesellschaften. Dies ist für die Etablierung einer demokratischen Gesellschaft, in der Freiheit und Gleichberechtigung der Frauen eine der tragenden Säulen zu bilden haben, von Vorteil. Es bietet außerdem die Voraussetzungen für die Schaffung einer demokratischen, umweltfreundlichen Nation in Einklang mit dem Paradigma der demokratischen Moderne. Der Aufbau einer auf multinationalen Identitäten beruhenden demokratischen Nation ist angesichts der Sackgasse Nationalstaat die ideale Lösung. Die entstehende Einheit könnte zu einer Blaupause für den gesamten Mittleren Osten werden und sich dynamisch auf Nachbarstaaten ausbreiten. Wenn die benachbarten Nationen von diesem Modell überzeugt werden, wird dies das Schicksal des Mittleren Ostens verändern und die Chancen der demokratischen Moderne, eine Alternative zu schaffen, erhöhen. In diesem Sinne wären also die

Freiheit der Kurden und die Demokratisierung ihrer Gesellschaft gleichbedeutend mit der Freiheit der ganzen Region und ihrer Gesellschaften.

4. Die Gründe für die heutigen Probleme der persischen oder iranischen Nation sind auf die Interventionen der historischen Kulturen und der kapitalistischen Moderne zurückzuführen. Obwohl ihre ursprüngliche Identität Ergebnis der zoroastrischen und der mithraischen Tradition war, sind diese von einer Variante des Islam ausgelöscht worden. Der als die Synthese von Judentum, Christentum und Zoroastrismus mit griechischer Philosophie hervorgegangene Manichäismus konnte sich nicht gegen die Ideologie der offiziellen Kultur durchsetzen. Tatsächlich gelang es ihm lediglich, die Tradition der Rebellion zu nähren. In jüngerer Zeit wurde die islamische Tradition in das schiitische Glaubensbekenntnis umgewandelt so als jüngste zivilisatorische Ideologie adaptiert. Gegenwärtig gibt es Modernisierungsbestrebungen, indem die Elemente der kapitalistischen Moderne durch ihren schiitischen Filter gepresst werden.

Die iranische Gesellschaft ist multi-ethnisch und multi-religiös und mit einer reichen Kultur gesegnet. Alle nationalen und religiösen Identitäten des Mittleren Ostens sind dort zu finden. Diese Vielfalt steht in starkem Kontrast zum Hegemonieanspruch der Theokratie, die einen subtilen religiösen Nationalismus pflegt. Zudem scheut sich die herrschende Klasse nicht vor anti-modernistischer Propaganda, wann immer sie ihren Interessen dient. Revolutionäre und demokratische Tendenzen sind von der traditionellen Zivilisation integriert worden. Ein despotisches Regime regiert das Land geschickt. Die negativen Auswirkungen der amerikanischen und europäischen Sanktionen sind in diesem Zusammenhang nicht ganz unwesentlich.

Trotz starker zentralistischer Anstrengungen im Iran existiert bereits eine Art Föderalismus von unten. Wenn Elemente demo-

kratischer Zivilisation und föderalistische Elemente einschließlich Azeris, Kurden, Belutschen, Arabern und Turkmenen einander überschneiden, kann das Projekt einer »Demokratischen Föderation des Iran« daraus hervorgehen und an Attraktivität gewinnen. Frauenbewegung und kommunale Traditionen werden hier eine besondere Rolle spielen.

5. Die armenische nationale Frage beinhaltet eine der größten Tragödien, die der Vormarsch der kapitalistischen Moderne im Mittleren Osten mit sich gebracht hat. Die Armenier sind ein sehr altes Volk. Sie teilten einen Großteil ihres Siedlungsgebietes mit den Kurden. Während diese in erster Linie von Landwirtschaft und Viehzucht lebten, befassten sich die Armenier mit Kunstgewerbe und Handwerk. Ebenso wie die Kurden entwickelten auch sie eine Tradition der Selbstverteidigung. Abgesehen von einigen kurzen Phasen gründeten die Armenier nie erfolgreich einen Staat. Sie stützen sich auf die christliche Kultur, die ihnen ihre Identität und ihren Glauben an eine Erlösung gibt. Aufgrund ihrer Religion wurden sie oft vonseiten der muslimischen Mehrheit unterdrückt. Deshalb trug der entstehende Nationalismus in der armenischen Bourgeoisie Früchte. Bald gab es Differenzen mit den türkischen Nationalisten, die schließlich im Völkermord der Türken an den Armeniern endeten.

Nach den Juden sind die Armenier die zweitgrößte Volksgruppe, die vor allem in der Diaspora lebt. Die Gründung eines armenischen Staates westlich von Aserbaidschan löste jedoch die armenische nationale Frage nicht. Die Folgen des Genozids können kaum in Worte gefasst werden. Die Suche nach der verlorenen Heimat bestimmt ihre nationale Psyche und bildet den Kern der armenischen Frage. Das Problem wird durch die Tatsache verschärft, dass diese Gebiete seitdem von anderen Volksgruppen besiedelt worden sind. Kein nationalstaatsbasiertes Konzept kann eine Lösung anbieten. Es gibt dort weder eine homogene

Bevölkerungsstruktur noch irgendwelche klaren Grenzen, wie sie die kapitalistische Moderne verlangt. Die Ansichten ihrer Gegner mögen faschistisch sein, doch es reicht nicht aus, nur den Völkermord in Erinnerung zu rufen. Konföderale Strukturen könnten für die Armenier eine Alternative sein. Die Gründung einer demokratischen armenischen Nation im Einklang mit dem Paradigma der demokratischen Moderne verspricht ihnen eine Gelegenheit, sich neu zu definieren. Es könnte ihnen ermöglichen, wieder ihren Platz in der kulturellen Vielfalt des Mittleren Ostens einzunehmen. Im Falle, dass sie sich als armenische demokratische Nation erneuern, werden sie nicht nur weiterhin ihre Rolle innerhalb der mittelöstlichen Kultur spielen, sondern auch den richtigen Weg zur Befreiung finden.

6. In der Moderne erlitten die christlichen Aramäer dasselbe Schicksal wie die Armenier. Auch sie sind eines der ältesten Völker im Mittleren Osten. Sie teilten sich ein Siedlungsgebiet nicht nur mit den Kurden, sondern auch mit anderen Volksgruppen. Wie die Armenier litten sie unter der Unterdrückung durch die muslimische Mehrheit, was innerhalb der aramäischen Bourgeoisie einem Nationalismus europäischer Prägung der Weg ebnete. Letzten Endes fielen auch die Aramäer einem Genozid von türkischer Hand unter Führung des faschistischen Komitees für Einheit und Fortschritt zum Opfer. Kollaborierende Kurden hatten dabei ihre Hand im Spiel. Die nationale Frage der aramäischen Gesellschaft hat ihre Wurzeln in der Zivilisierung, hat sich aber auch mit dem Christentum und den Ideologien der Moderne weiter entwickelt. Für eine Lösung bedarf es einer radikalen Transformation der Aramäer. Ihre wirkliches Heil liegt vielleicht darin, mit der Mentalität der klassischen Zivilisation und der kapitalistischen Moderne zu brechen, sich stattdessen die demokratische Zivilisation zu eigen zu machen und ihre reichhaltige kulturelle Erinnerung als ein Element demokratischer Moderne zu

erneuern, um sich selbst als »Aramäische Demokratische Nation« zu rekonstruieren.

7. Die Geschichte der Juden bringt ebenso die im Ganzen problematische Kulturgeschichte des Mittleren Ostens zum Ausdruck. Die Suche nach dem Hintergrund von Vertreibung, Pogromen und Völkermord läuft auf die Abrechnung mit der Zivilisation hinaus. Die jüdische Gemeinschaft hat die Einflüsse der alten sumerischen und ägyptischen Kulturen genauso wie die der regionalen Stammeskulturen aufgenommen. Sie hat eine Menge zur Kultur des Mittleren Ostens beigesteuert. Wie die Aramäer auch fielen sie extremen Entwicklungen der Moderne zum Opfer. Vor diesem Hintergrund entwickelten jüdischstämmige Intellektuelle eine komplexe Sicht auf diese Fragen. Allerdings ist das bei weitem nicht ausreichend. Für eine Lösung der Probleme, wie sie sich heute darstellen, bedarf es einer erneuten Aneignung der Geschichte des Mittleren Ostens auf einer demokratischen Grundlage. Der israelische Nationalstaat befindet sich seit seiner Gründung im Krieg. Die Parole lautet: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Feuer kann aber nicht mit Feuer bekämpft werden. Selbst wenn Israel dank internationaler Unterstützung relative Sicherheit genießt, ist dies keine nachhaltige Lösung. Nichts wird dauerhaft sicher sein, solange die kapitalistische Moderne nicht überwunden ist.

Der Palästina-Konflikt macht deutlich, dass das nationalstaatliche Paradigma nicht hilfreich ist für eine Lösung. Es ist sehr viel Blut vergossen worden; was bleibt, ist das schwere Erbe scheinbar unlösbarer Probleme. Das israelisch-palästinensische Beispiel beweist das völlige Versagen der kapitalistischen Moderne und des Nationalstaates.

Die Juden gehören zu den Kulturträgern des Mittleren Ostens. Die Verweigerung ihres Existenzrechts ist ein Angriff auf den Mittleren Osten als solchen. Ihre Umwandlung in eine demo-

kratische Nation ebenso wie für Armenier und Aramäer würde ihre Beteiligung an einer demokratischen Konföderation des Mittleren Ostens erleichtern. Das Gemeinschaftsprojekt einer »Levantinischen Demokratischen Konföderation« wäre ein positiver Anfang. Strikte und exklusive nationale und religiöse Identitäten können sich unter diesem Projekt zu flexiblen und offenen Identitäten entwickeln. Vielleicht entwickelt sich auch Israel zu einer akzeptableren, offenen demokratischen Nation. Zweifellos müssen sich aber auch seine Nachbarn einer solchen Transformation unterziehen.

Spannungen und bewaffnete Konflikte im Mittleren Osten lassen eine Transformation des Paradigmas der Moderne unabwendbar erscheinen. Ohne sie ist eine Lösung der schwierigen gesellschaftlichen Probleme und nationalen Fragen unmöglich. Die demokratische Moderne bietet eine Alternative zu dem zur Problemlösung unfähigen System.

8. Die Vernichtung der hellenischen Kultur in Anatolien ist ein unwiederbringlicher Verlust. Die von den türkischen und griechischen Nationalstaaten im ersten Viertel des letzten Jahrhunderts vereinbarte ethnische Säuberung hat ihre Spuren hinterlassen. Kein Staat hat das Recht, Menschen aus ihrem angestammten Kulturraum zu vertreiben. Dennoch bewiesen die Nationalstaaten immer wieder ihre unmenschliche Haltung in solchen Fragen. Die Angriffe auf die hellenische, jüdische, aramäische und armenische Kultur wurden verstärkt, während sich der Islam überall im Mittleren Osten ausbreitete. Dies wiederum trug zum Niedergang der mittelöstlichen Zivilisation bei. Die islamische Kultur war nie in der Lage, die entstandene Lücke zu füllen. Als die kapitalistische Moderne im 19. Jahrhundert in den Mittleren Osten vordrang, fand sie eine durch selbst zugefügte kulturelle Erosion geschaffene kulturelle Wüste vor. Kulturelle Vielfalt stärkt auch die Abwehrmechanismen einer Gesellschaft. Mono-

kulturen sind weniger robust. Deshalb war die Eroberung des Mittleren Ostens nicht schwer gewesen. Das Projekt einer homogenen Nation, wie von den Nationalstaaten propagiert, förderte ihren kulturellen Niedergang.

9. Genauso haben die kaukasischen Volksgruppen nicht unerhebliche gesellschaftliche Probleme. Immer wieder sind sie in den Mittleren Osten eingewandert und stimulierten seine Kulturen. Sie haben fraglos einen Beitrag zu seinem kulturellen Reichtum geleistet. Das Auftauchen der Moderne ließ diese Minderheitenkulturen beinahe verschwinden. Auch sie würden ihren angemessenen Platz in einer konföderalen Struktur finden.

Abschließend möchte ich noch einmal festhalten, dass die fundamentalen Probleme des Mittleren Ostens tief in der Klassengesellschaft verwurzelt sind. Sie haben sich mit der globalen Krise der kapitalistischen Moderne verschärft. Diese Moderne und ihr Anspruch auf Vorherrschaft können keinerlei Lösung bieten, ganz zu schweigen von einer langfristigen Perspektive für die Region des Mittleren Ostens. Die Zukunft gehört dem Demokratischen Konföderalismus.

SCHRIFTEN ABDULLAH ÖCALANS

Bücher

Zur Lösung der kurdischen Frage – Visionen einer demokratischen Republik (2000)

Gilgameschs Erben – Von Sumer zur demokratischen Zivilisation; Band 1 (2003)

Gilgameschs Erben – Von Sumer zur demokratischen Zivilisation; Band 2 (2003)

Plädoyer für den freien Menschen (2005)

Urfa – Segen und Fluch einer Stadt (2009)

Jenseits von Staat, Macht und Gewalt (2010)

Die Roadmap für Verhandlungen (erscheint 2012)

Broschüren

Krieg und Frieden in Kurdistan (3. Auflage 2011)

Mehr Informationen zu den Büchern und Broschüren finden sie im Internet unter

<http://ocalan-books.com/deutsch>

Herausgeber:

Internationale Initiative

»Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«



9 783941 012486